Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.65 Mark, vierteljährlich 4.95 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeintragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 550. Halle, Sonnabend, den 23. November. 1918.

Der Waffenstillstand gefährdet?

In Frankreich werden Drohungen über eventuelle Repressalien gegen Deutschland laut.

Drohung der Entente mit Repressalien?

Heftige Angriffe gegen die Note Solfs.

Genf, 23. Nov. (Priv.-Tel.) Zu der deutschen Kundgebung gegen die übermäßig strengen Waffenstillstandsbedingungen teilt die „Agence Havas" der französischen Presse folgendes mit: Marschall Foch hat die Note, die Staatssekretär Solf an die Regierungen Frankreichs, Englands, Nordamerikas und Italiens gerichtet hat und in der Aenderungen der rein militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes verlangt, beantwortet. Es liegen bereits zahlreiche Tatsachen vor, welche beweisen, daß der Waffenstillstand von unseren Feinden mit lösem Willen ausgeführt wird. Die Regierungen der Entente werden diejenigen Repressalien anwenden, die notwendigerweise auf Attacke zur Folge haben, wie sie am Brüsseler Bahnhof begangen worden sind. Wenn aber Deutschland versuchen sollte, sich der Erfüllung unserer Bedingungen zu entziehen, so würde der Waffenstillstand selbst wieder in Frage gestellt werden. Besondere Befehle sind ergangen, wonach die Polizeikontrolle nicht an der ehemaligen Grenze des Deutschen Reiches gehandhabt werden soll, wie es Dr. Solf ausdrücklich fordert, sondern an der Grenzlinie, die vor 1870 bestand und die wir allein anerkennen. In Uebereinstimmung mit dieser halbamtlichen Aeußerung ergeht sich die gesamte französische Presse in maßlos heftigen Protesten gegen die Note Solfs, der die Absicht unterstellt wird, als wolle Deutschland überhaupt die Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr erfüllen.

Soziale Reformen.

k. Hamburg, 23. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Das „Hamburger Fremdenblatt" meldet aus Berlin: Vom Reichsarbeitsamt wurden folgende Gesetze fertiggestellt und, wie der „Vorwärts" hört, vom Kabinett genehmigt: Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf 5000 Mk. Einkommen. Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Geplant sind vom Arbeitsamt die Neuordnung der Sonntagsruhe und die Verdoppelung der Mannschaftsrenten.

Ein Gutachten über die Auslieferung des Kaisers.

k. Hamburg, 23. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Der „Hamburgische Korrespondent" meldet aus Genf: Der Senior der Pariser Rechtsfakultät wurde von Clemenceau aufgefordert, ein Gutachten über die Auslieferung des Kaisers abzugeben.

Der weitere Truppendurchzug durch Köln.

Köln, 23. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Zum Aufmarsch der Westheere wird gemeldet, daß die Truppendurchzüge an den rheinischen Grenzorten nunmehr Tag und Nacht in unverminderter Stärke andauern. Gestern marschierten in Aachen ganze Regimenter mit Musik in die Stadt ein. Unter den Truppen herrscht musterhafte Ordnung.

Die Truppenbewegungen am Mittelrhein.

Köln, 23. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Mittelrheinischen Meldungen zufolge kommen auch dort gewaltige Truppenmassen von der Front zurück, so daß zu ihrem Abtransport in das Landesinnere bei St. Goar und im Rheingau Brücken über den Rhein erbaut werden, um den Anfuhr zu verhindern, daß die von der Front zurückgebrachten großen Warenmengen auf den Bahnhöfen aufgekauft werden. In einzelnen oberrheinischen Städten werden Bahnsteiggarten überhaupt nicht mehr ausgegeben. Zu Bingerbrück wurden mehrere Wagon mit Vieh, Mehl und anderen Nahrungsmitteln im Werte von mehreren Hunderttausend Mark von den Behörden angehalten. Bei Haussuchungen fand man große von den Soldaten erstandene Warenmengen zum Vorschein.

Amerikaner in Luxemburg.

Luxemburg, 23. Nov. (Priv.-Tel.) Amerikanische Patrouillen sind an der Landesgrenze Luxemburgs angekommen. Donnerstag traf eine der amerikanischen Divisionen unter General Haas in Luxemburg ein, wo ein festlicher Empfang vorbereitet wird.

Französische Parlamentarier besuchen Elsaß-Lothringen

Genf, 23. Nov. (Priv.-Tel.) Die französische Regierung wird am 17. Dezember einen Sonderzug von Paris abgehen lassen, um den Mitgliedern des Parlaments den Besuch Elsaß-Lothringens zu ermöglichen. Es ist in Aussicht genommen, Altkirch, Colmar, Straßburg und Metz zu besichtigen.

Einigung auf der Rechten.

Berlin, 23. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Einigungsbestrebungen zwischen den konservativen Parteien haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich jetzt eine Anzahl rechts- und mittelparteilicher Reichstags- und Landtagsabgeordneter sowie sonstiger Persönlichkeiten mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit werden wenden zur Gründung einer deutschnationalen Volkspartei. Gefordert wird die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform, Wiederherstellung von Recht und Ordnung, Einigkeit, Freiheit und Selbstständigkeit des deutschen Volkes gegenüber fremden Einflüssen und äußeren Mächten, Schutz des Privateigentums vor den von der Sozialdemokratie geplanten Eingriffen, Abbau der im Kriege geschaffenen Zwangswirtschaft und Auflösung der Kriegsgesellschaften. Ferner tritt die neue Partei auf den Boden des gleichen Wahlrechtes und verlangt Freiheit der Person und des Besitzes, Abhilfe der Wohnungsnot auch durch Schaffung von Heimstätten, Wiederbevölkerung des platten Landes durch eine umfassende Siedlungspolitik, Wiederaufrichtung des Mittelstandes, Ausbau der Sozialpolitik und Sicherung des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Neugestaltung des Beamten- und Staatsarbeiterrechtes und Gewährleistung einer rechtlich und wirtschaftlich gesicherten Lebensstellung für Beamte, Lehrer, Militärpersonen, Pensionäre und Rentenempfänger sowie für Privatangestellte, freiheitliche Gestaltung der Gemeindeverfassung, ein einheitliches Steuersystem unter ausgedehnter Heranziehung des Einkommens und Vermögens für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindelasten, schärfste Erfassung des Kriegsgewinnes, Ermöglichung des Aufstieges von der Volksschule zur höheren Bildung, Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben.

Französische Regimenter in Budapest.

Auch Konstantinopel von Franzosen besetzt.

Basel, 23. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Französische Regimenter sind am Mittwoch unter dem Kommando von General Feury in Budapest eingetroffen. Französische Truppen haben gestern befehlsgemäß auch Konstantinopel besetzt.

Gibt Clemenceau nach?

r. Köln, 23. Nov. (Privat-Telegr.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Genf: Während die übrige Presse das Gesuch des Staatssekretärs Dr. Solf um Ermäßigung der Bedingungen für die Waffenruhe als einen Erpressungsversuch entrüstet zurückweist, erklärt Clemenceaus „Homme libre", daß eine gewisse Nachsicht in der Durchführung möglich sei. Die Frage, ob die Auslieferung des Kaisers von Holland verlangt werden kann, hat Clemenceau einem Ausschuß hervorragender Rechtsgelehrter vorgelegt.

Die Konferenz der Einzelstaaten in Berlin

Karlsruhe, 23. Nov. (Privat-Telegr.) Bei der am Montag in Berlin stattfindenden Besprechung der Vertreter der Reichsregierung mit den Einzelstaaten wird die badische vorläufige Volksregierung durch den Ministerpräsidenten Geiß und Minister des Innern Dr. Haas vertreten sein. Nach einer amtlichen Mitteilung wird die badische Regierung sich entschieden für die baldige Einberufung der Nationalversammlung einsetzen.

General Kraft von Delmensingen verhaftet

Internierung in Festung Neuulm.

Konstanz, 23. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Konstanzer Zeitung" meldet: Der bekannte bayrische General Kraft von Delmensingen, der Sieger vom Rosen-Turm Pass, wurde vom Soldatenrat in einem Ulmer Gasthof verhaftet und nach Neuulm gebracht.

Sozialistischer Bruderkrieg in Elberfeld.

Elberfeld, 23. Nov. (Priv.-Tel.) Das Geschäftshaus der Elberfelder „Freien Presse", das Organ der sozialistischen Partei, wurde von den Unabhängigen und einem Trupp bewaffneter Soldaten besetzt. Vor dem Hause wurden Posten aufgestellt. Die Schriftleitung mußte das Haus räumen. Die alte sozialistische Partei wird unter der bisherigen Leitung ein neues Blatt mit dem Namen „Vorwärts" herausgeben.

Bemühungen des Papstes.

r. Köln, 23. Nov. (Privat-Telegr.) Die „Kölnische Volksztg." meldet: Nach einer Mitteilung des Herrn Kanzlei-staatssekretärs hat der heilige Vater auf die Bitte des Herrn Kardinals von Hartmann vom 14. November dieses Jahres wegen Versorgung des Rheinlandes mit Lebensmitteln beim amerikanischen und französischen Episkopat wie auch bei der englischen Regierung sogleich entsprechende Schritte getan. Auch schon vorher hatte der Papst sich bei Billiard um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen und um Beschaffung von Nahrungsmitteln für Deutschland bemüht.

Deutsche Demokratische Partei.

Die Begründung der neuen Deutschen Demokratischen Partei bedeutet die Erfüllung von Wünschen hervorragender Führer des Liberalismus: eines Max von Forckenbeck, der der am 16. Mai 1879 sagte: „Nur die Bildung einer großen, auf wahrhaft liberalen Grundsätzen fußenden Partei kann dem Lande eine Hoffnung auf Rettung bieten", ebenso wie eines Rudolph von Bennigsen, der am 22. Januar 1892 im Reichstag an die Mahnung, die Vertreter der liberalen Parteien sollten den Streit um materielle Interessen zurücktreten lassen hinter den Kämpfen um ideale Güter, den Wunsch knüpfte: „Wenn eine größere Annäherung zwischen liberalen Männern und Parteien wieder einträte, so würde das nach meiner Meinung für die weitere Entwicklung in Deutschland nur förderlich sein. Das liberale Bürgertum in Stadt und Land, die liberalen Anschauungen haben einen Anspruch auf größere Geltung, als sie zurzeit besitzen." Den Forderungen des Liberalismus der Tage von Forckenbeck und Bennigsen entsprechen die Grundsätze der Demokratie von heute. Die Ideale echter, wahrer Demokratie will, wie schon ihr Name besagt, die Deutsche Demokratische Partei, soweit in ihren Kräften steht, zu verwirklichen suchen. Dieser Arbeit kann sie sich mit um so größerer Aussicht auf Erfolg widmen, als sie auf weit breiterer Grundlage aufgebaut ist, als irgend ein anderes Parteigebilde der Vergangenheit. Auch heute noch ist die Sozialdemokratie in allen ihren Schattierungen eine Klassenpartei, die sich im wesentlichen auf die Industriearbeiter stützt. Das Zentrum ist eine konfessionelle Gruppe, und für die Konservativen sind nach wie vor agrarische Interessen maßgebend. Im Gegensatz zu den Konservativen und zu den Sozialdemokraten will die neue Deutsche Demokratische Partei der Sammelpunkt werden für alle Kreise, die sich in erster Reihe von ideellen und nicht von materiellen Interessen leiten lassen, und die, von liberalen, sozialen und demokratischen Grundanschauungen ausgehend, reaktionären Bestrebungen ebenso entschieden entgegentreten wollen, wie einer Diktatur des Proletariats.

Das Rückgrat der neuen Partei ist die Fortschrittliche Volkspartei. Deren Geschäftsführender Ausschuß hat an alle fortschrittlichen Organisationen die Mahnung gerichtet, sich der neuen Partei anzuschließen, eine Mahnung, der sicherlich im Lande überall Folge geleistet werden wird. Der Versuch, auch einen Anschluß der nationalliberalen Partei herbeizuführen, ist nicht vollständig gelungen. Nationalliberale Führer, wie Friedberg und Stresemann, stehen abseits. Aber parlamentarische Führer des linken Flügels der nationalliberalen Partei gehören dem Vorstand der neuen Partei an, und ein recht erheblicher Teil der Nationalliberalen im ganzen Reiche dürfte den Anschluß an die Deutsche Demokratische Partei finden. Diese neue Partei aber will außerdem nicht nur uns sich sammeln alle, die, ohne überzeugte Sozialdemokraten zu sein, bei den Wahlen ihrer Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels am wirksamsten Ausdruck geben zu können glaubten, sie will zu reger Teilnahme am politischen Leben auch heranziehen die große Masse der Gebildeten aus allen Berufen, die, überdrüssig des parlamentarischen Gezänkes um materielle Interessen, sich von Politik überhaupt fern gehalten haben. Sie will endlich an ihrem Teil kräftig dazu beitragen, daß den Frauen Gleichberechtigung gewährt wird bei der Erringung der Rechte, die ihnen auf Grund eines neuen Wahlsystems zustehen. Die Deutsche Demokratische Partei stellt sich ehrlich auf den Boden der Republik. Sie wird die heutige Regierung unterstützen bei ihren Bemühungen, Ordnung im Lande zu schaffen. Als ein Mittel hierzu sieht sie die schleunigste Berufung einer Nationalversammlung an, ohne welche ein Abschluß des Friedens erschwert und sicherlich verzögert wird. Große Aufgaben sind in der Friedenszeit zu lösen. Die Deutsche Demokratische Partei hat durch den Aufruf, der ihrer Gründung voraufging, bewiesen, daß sie an die schwere Friedensarbeit zum Wiederaufbau des Reiches herantritt im Geiste wahrer Freiheit, durchdrungen von dem Bewußtsein, daß eine neue Zeit auch neue Ziele des Strebens fordert. Wer bei der Erreichung dieser neuen Ziele mitarbeiten will, ist willkommen in der Deutschen Demokratischen Partei.

Belt und Sund international?

k. Hamburg, 23 Nov. (Eig. Drahtnachricht.) In politischen Kreisen Londons, die der Admiralität nahestehen, verlautet, daß England auf der Friedenskonferenz die Internationalisierung des großen Belt und des Sundes fordern werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181123023/fragment/page=0001

Keine Ausschaltung der Einzelstaaten.

Berlin, 23 November. Auf das Telegramm des hessischen Staatsministers Ulrich hat der A.-B. Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt: Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit davon entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reiches Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt oder eines Bundesstaates, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.

Süddeutsche Drohungen.

Darmstadt, 22. Nov. Der hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat beschloß in der heutigen Vollversammlung, nachstehenden Zunspruch an alle süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu senden:

Der hessische A.-, B.- und S.-Rat verlangt im Einverständnis mit der hessischen Regierung von der Reichsregierung die

umgehendste Einberufung der Nationalversammlung,

die allein eine wirkliche Vertretung des deutschen Volkes darstellt. Er lehnt die Diktatur irgend welcher Klassen ab. Der hessische A.-, B.- und S.-Rat bittet die süddeutschen A.-, B.- und S.-Räte und die norddeutschen A.-, B.- und S.-Räte, die gleicher Gesinnung sind, gemeinsam mit dem hessischen A.-, B.- und S.-Rat von der Reichsregierung Obiges zu verlangen. Der hessische A.-, B.- und S.-Rat ist der Ansicht, daß im Falle die Reichsregierung die Nationalversammlung nicht baldigst einberufen kann und die

Diktatur in Berlin

aufkommen sollte, die süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen A.-, B.- und S.-Räte gemeinschaftlich mit den Regierungen die Einberufung der Nationalversammlung in einer süddeutschen Hauptstadt veranlassen sollen.

Neuer deutscher Protest.

Berlin, 22. November. An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden:

Nach Zusatznote 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe reicht auf der Karte westlich Trier und zwischen Merzig und Saargemünd, und zwar einschließlich Saarlouis und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu versuchen, diese Gebiete zu Elsaß-Lothringen bezw. Luxemburg zu schlagen. Der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder ist nicht beachtet worden.

Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Loserlösung dieser Gebiete feierlichst Verwahrung ein.

Sell,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Ein deutsches Regiment von den Franzosen festgesetzt.

Haag, 22. Nov. „Hollandsch Nieuwsblad" veröffentlicht folgende drahtlose Meldung des Marschalls Foch: Das französische Kommando stellt fest, daß französische Kavallerie am 21. November in Gros Bois in Luxemburg, 240 Km. westlich von Diekirch, ein deutsches Infanterie-Regiment vorgefunden hat. Da dieser Ort zwischen der Linie 1 und 2 liegt und dieses Gebiet bereits am 21. November geräumt sein mußte, so mußten die dort vorgefundenen deutschen Truppen interniert werden.

Auflösung eines Stadtverordneten-Kollegiums.

Nach dem Muster Oldenburg von Januschaus.

Chemnitz, 22. Nov. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten verlas zu Beginn Justizrat Beutler ein Schreiben, worin der Stadtpräsident Kraus mitteilte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat das Kollegium aufgelöst habe. Der Vorsteher erklärte danach, daß die Auflösung nur durch das Ministerium des Innern erfolgen könne. Da dies nicht erfolgt sei, trete er in die Tagesordnung ein. Darauf erschien Bürgermeister Arlart und teilte im Namen des Stadtpräsidenten nochmals die Auflösung mit, anderntags diese durch Waffengewalt erfolgen werde. Justizrat Beutler bemerkte hierzu, er sehe dem Auftreten der Waffengewalt entgegen. Darauf erschien Stadtpräsident Kraus in der Spitze von vier bewaffneten Soldaten und forderte zum Verlassen des Stadtverordnetensitzungssaales auf. Justizrat Beutler erklärte, daß räumlich das Kollegium der Waffengewalt weichen müsse.

Deutschland steht kurz vor der Hungersnot.

Bisher falsche Einschätzung der Ernährungslage. — Millionen Zentner Kartoffel verloren. — Der Verlust großer Transportmittel. — Der Zusammenbruch vor der Tür.

Berlin, 22. November. Vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, Wurm, erhalten wir folgende Mitteilung:

In der auswärtigen Presse hat es vielfach Befremden erregt, daß Deutschland

kurz vor der Hungersnot

stehen soll, während die frühere Regierung erklärt hatte, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln sei bis zum Schluß des Einteljahres gesichert. Wie sich jetzt zeigt, ist früher die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands viel zu günstig eingeschätzt worden. Dazu kommen die Folgen der militärischen Niederlagen. In den von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens waren ungefähr 1 800 000 Menschen und 300 000 Pferde unterzubringen und versorgt. Die Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine, im Don- und Kubangebiet, versprachen nach Ansicht der benachbarten Mechtzhaber reichliche Zufuhren an Getreide- und Futtermitteln. Insbesondere konnte man auf den See- und Donauwege große Mengen von Oelsaaten und Oel heranschaffen zu können.

Dies alles ist mit einem Schlage zusammengebrochen. Aber auch

die heimische Ernte ist geringer,

als man sie in Rechnung gestellt hatte, namentlich bei den Kartoffeln. Dazu kommt, daß die letzten kriegerischen Ereignisse das rollende Material stark in Anspruch nahmen und dadurch die Wintereindeckung der großen Industriezentren mit Kartoffeln in starken Rückstand brachten. Mit dem Augenblick des Waffenstillstandes haben fast alle Kriegsgefangenen, auf deren Arbeitskraft die deutsche Landwirtschaft im Wesentlichen beruhte, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind

Millionen von Zentnern Kartoffeln in der Erde geblieben

und bei dem unerwartet früh eingetretenen Frostwetter dem Verderben anheimgefallen. Der heimische Viehbestand zahlt von Monat zu Monat eine geringere Ergiebigkeit an Schlachtvieh und sonstigen tierischen Produkten. Schon seit zwei Jahren mußte in den Viehbestand tief eingegriffen werden, um auch nur die ungenügende Fleischration aufrecht zu erhalten. Dabei konnten selbst die

Milchkühe nicht geschont

werden, woraus sich für die Kinderernährung und die Sterblichkeit der Säuglinge bei einer auch nur noch wenige Monate dauernden Fortsetzung dieses Vorgehens die entsetzlichsten Folgen ergeben müßten. Durch den auf Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen übereilten Rückmarsch und Rücktransport des Heeres ist eine ordnungsmäßige Verwaltung des Proviants und dessen restlose Rückführung in die Heimat unmöglich geworden. Verschärft wird diese Not noch durch die uns aufgezwungene

überstürzte Abgabe der Transportmittel,

wodurch Stockungen in dem Verkehr zwischen Lägern, Mühlen, Nährmittelfabriken, Verteilungsstellen und Kommunalverbänden unvermeidlich sind, ferner dadurch, daß in manchen Gegenden die örtlichen Gewalten die Versorgung ihres Wirkungskreises den berechtigten Ansprüchen der Gesamtheit voranstellen, so daß bedeutende Mengen von Vorräten vorzeitig und planmäßig einem ungeregelten Verbrauch zugeführt werden.

Durch alle diese Bedingungen ist eine Lage entstanden, in der nur die schleunigste Heranschaffung von ausländischen Nahrungsmitteln das deutsche Volk vor dem Hunger bewahren kann, falls wenn die Landbevölkerung in Erkenntnis der drohenden Lage ihre Ablieferung aller einbezirklichen Lebensmittel und zur genauen Innehaltung der kriegswirtschaftlichen Verordnungen bereit ist. Obwohl der zentrale Verwaltungsapparat völlig ungestört funktioniert, so

steht doch infolge des Mangels an Nahrungs- und an Transportmitteln der Zusammenbruch vor der Türe,

falls es nicht gelingt, das große Versorgungsdefizit in den Hauptverbrauchszentren durch noch weitgehende Einsetzen der in Aussicht gestellten amerikanischen Getreide- und einer unmittelbar einschenkenden Fleischbereitschaft der Neutralen so auszugleichen, daß die ausländischen Zufuhren die inländischen Vorräte genügend ergänzen.

Arbeiter- und Soldatenräte und Reichsregierung.

Berlin, 22 Nov. (Amtlich.) Die Revolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen. Für die erste Uebergangszeit findet der neue Rechtsstand seinen Ausdruck in nachstehender Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat und dem Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin und dem Rat der Volksbeauftragten.

1. Die

politische Gewalt

liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.

2. Bis eine Delegierten-Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen

Vollzugsrat der deutschen Republik

gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik in Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.

3. Zur Bestellung des Rates der Volksbeauftragten durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin bedeutet die Uebertragung der

Exekutive der Republik.

4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse auch Preußens erfolgt durch den

Zentral-Vollzugsrat,

dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.

5. Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Sobald als möglich wird eine

Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte

zusammentreten. Der Termin wird noch bekanntgegeben werden.

Zum Anschluß an diese Vereinbarung, die das grundsätzliche Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Reichsregierung festsetzt, sollen alsbald Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben werden.

Französische Brutalität.

Berlin, 22. November. Im Waffenstillstandsabkommen war bestimmt, daß jene deutschen Truppen, die nicht innerhalb der ihnen gesetzten Frist die Räumung französischen oder belgischen Gebietes vollzogen haben, zu Kriegsgefangenen gemacht werden. Hinsichtlich transportunfähiger Kranker und Verwundeter, die im Zuge ihrer Heilung und Gesundung zurückgelassen werden müssen, steht die Sonderbestimmung des Artikels XI vor, daß sie vom deutschen Sanitätspersonal gepflegt werden sollen.

In dieser Gegenüberstellung tritt die Uebereinstimmung der beiden Parteien darüber klar zutage, daß zurückgebliebene kampfunfähige Truppen kriegsgefangen werden, daß transportunfähige Kranke und Verwundete dagegen der Kriegsgefangenschaft nicht verfallen sollen.

Nach täglich besteht nun Frankreich auf der Forderung, daß die zurückbleibenden Verwundeten und Kranken als Kriegsgefangene anzusehen und zu behandeln seien. Diese Forderung liegt in schroffstem Gegensatz nicht nur zu dem Sinn des Waffenstillstandsabkommens, sondern zu allen Vereinbarungen, die im Laufe des Krieges auf diesem Gebiet früher getroffen worden sind.

Diese französische Forderung stellt die

brutalste Vergewaltigung aller Grundsätze des Rechts und der Menschlichkeit

dar, die die moderne Kriegsgeschichte aufzuweisen hat. Ganz Deutschland muß gegen sie mit entschlossener Offenheit und einmütiger Entrüstung protestieren. Wir appellieren an das Urteil der Geschichte, wir appellieren an das Gewissen der Neutralen, an das Gewissen der ganzen Menschheit.

Die Wirtschaftslage im linksrheinischen Gebiet.

Berlin, 22. Nov. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat den gegnerischen Vertretern folgendes mitgeteilt:

Auf der linken Rheinseite, insbesondere im luxemburgisch-lothringischen und im Saargebiet, werden außerordentliche Störungen des Wirtschaftslebens eintreten durch Forstsperre der Zufuhren an Brennstoffen von Niederrhein. Die luxemburgische und die lothringische Eisenindustrie werden mangels dieser Zufuhren zum Erliegen kommen. Da in diesen Gebieten über die Hälfte der Bevölkerung in der Eisenindustrie beschäftigt ist, oder von ihr lebt, werden

katastrophale Folgen entstehen

durch Arbeitslosigkeit und Unruhen jeder Art.

Die uns aufgezwungene übereilte Räumung hat bereits eine Reduktion der Wagenzuteilung für die Zechen des Ruhrgebietes auf die Hälfte und für die Hochofen- und Eisenindustrie auf ein Drittel zur Folge gehabt. Bei so geringer Wagenzuteilung ist an ausgeschriebene Sendungen an die lothringisch-luxemburgischen Eisenindustrie zurzeit nicht zu denken. Soll eine wirtschaftliche Katastrophe in Luxemburg und in den Eisenindustrie Lothringens, wenn abgesehen vom übrigen linksrheinischen Gebiet, abgewendet werden, so muß die Wagenzuteilung um mindestens 2800 Wagen täglich erhöht werden, um die dringend notwendigen Brennstoffe der luxemburgisch-lothringischen Eisenindustrie zuführen. Soll aber ein geordneter Verkehr im engen linksrheinischen Gebiet überhaupt aufrecht erhalten werden, so muß die Wagenzuteilung um mindestens 4000 Wagen täglich erhöht werden.

Die ordnungsliebenden Regierungen und Amerika sollen vor der Frage, ob sie an dem

undurchführbaren kurzen Räumungstermin

weiter festhalten und dabei insbesondere in den luxemburgisch-lothringischen Grenzbezirken so gefährliche Zustände hervorrufen oder ob sie eine angemessene Verlängerung der Räumungsfristen herbeiführen wollen.

Zum Schlusse wird eine Verlängerung der Räumungsfrist um 15 Tage erbeten.

Lemberg von den Polen erobert.

Krakau, 22. Nov. Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet: Divisions-General Rozwadowski erhielt die Meldung, daß die polnischen Truppen heute früh die ganze Stadt Lemberg und Umgebung eingenommen haben.

„Alessandro Stradella" im Stadttheater.

Halle a. S., den 22. November 1918.

Alle an humorvollen Büchern, so sind wir Deutschen leider auch in sowieso Opern ziemlich arm. Denn außer Lortzing, Nicolai, Flotow, Mozart und Cornelius fehlt es uns an lebensfähigen Werken auf diesem Gebiete. Dafür entschädigt allerdings wiederum die Güte ihrer Werke in hohem Maße. Tragen sie doch allesamt, jedes in seiner Art, den Stempel der Meisterschaft. Nicht zum wenigsten „Alessandro Stradella" von Flotow. Der 1812 zu Teutendorf in Mecklenburg geborene Komponist hatte seinen Wohnsitz frühzeitig nach Paris verlegt, dort Musik studiert und seine Lehre erfolgt, so daß die Franzosen noch heute häufig als einen der ihrigen ansprechen. In der Tat sind seine Partituren auf den Pulten jenseits der Vogesen weit öfter zu finden als bei uns; aber von den vielen Arbeiten, die Flotow von 1836 bis 1878 veröffentlichte, haben zwei dem deutschen Empfinden doch so nahe, daß sie auf unseren Bühnen der Kunst des Publikums sicher bleiben: „Alessandro Stradella" und „Martha".

Das Textbuch des 1844 zum ersten Male aufgeführten „Stradella" dichtet diesen berühmten italienischen Sänger und Komponisten, der 1681 die Entführung einer Venezianerin mit dem Leben büßte, bekanntlich in einen Liebhaber mit „ernsten Absichten" um, der durch den Zauber seines Gesanges dem von Banditenhand drohenden Tode entgeht. Des Sängers „edle Kunst macht selbst erwarmen des Pöbels Mitgefühl"; so mehr noch, sie zwingt den alten Normand Tassis, seinen Racheplänen gegen Stradella ganz zu entsagen. Um also die leidenschaftliche Leonore endgültig zu überlassen. An und für sich sentimental unwahrscheinlich ist diese „Lösung" auch oberflächlich betrachtet gemacht, somit wenig geeignet, Anteilnahme zu erwecken. Die Werte des Werkes liegen indessen auf der musikalischen Seite. Flotow hat nämlich eine von Wohlklang erfüllte Instrumentation geschaffen, deren erfinderische Ader zwar nicht bis zur charakterisierenden Polyphonie reicht, aber doch eine gewisse Eigenart besitzt. Ihr gesellt sich die fesselnde Art der Harmonisation und der musikalischen Linien zu. Der Komponist bietet ferner Beispiele seiner Rhythmik im Sinne pikanter Reize, ohne gesucht zu wirken. Ueberhaupt verdient die Natürlichkeit des Flotowschen Musizierens ernsteste Beachtung wie die Sauberkeit nebst dem Geschmack mit dem er seine Noten setzt. All das deutet auf die Melodie und damit auf das Ziel als Gipfel der Kunst Flotows hin. Ein Hauch von Volkstümlichkeit wirkt wärmende Strahlen darüber. Diese Vorzüge erhalten der Leistungen des 1883 zu Darmstadt verschiedenen Tondichters die Lebens- und Anziehungskraft.

War doch auch hierauf die Neueinübung von „Alessandro Stradella" so gut geschehen, wie die Sauberkeit nebst dem Geschmack mit dem er seine Noten setzt. Das Werk gab, wie häufig, das Orchester, die Hoten, namentlich in den komischen Teilen prickelnden Wellen lernen durch seine frohgemute Vermittlung. Kapell zu Gehör. Kapellmeister Karl Röhrer hatte die Oper offenbar mit der reichen Schlunde und dem unermüdlichen Fleiß vorbereitet, die ihn von jeher auszeichnen. August W. Röster war daneben als Spielleiter mit Erfolg auf schöne Bühnenbilder und flüssige Abwicklung der Vorgänge bedacht gewesen. Das Ganze hinterließ daher den Eindruck einer musikalisch wie darstellerisch klar erfaßten, mit Lanne gelösten Aufgabe, die viel Beifall, Blumen und manche Wiederholung verdiente. Alfred Ernesti sang den Alessandro Stradella mit seiner schönen lyrischen Tenorstimme sicher, voll Wohllaut. In den dramatischen sowie in den Vortragsschattierungen verfeinert Ernesti den Titelhelden hoffentlich durch fleißiges weiteres Ausarbeiten noch! Am Freitag schien der Sänger durch Witterungseinflüsse einigermaßen, z. B. im Gebrauche der Bruststimme beeinträchtigt. Elisabeth Schwarz brachte als Leonore Gesänge wie „Mit dir seien, mit dir trauen" und „Ich habe mir Romas heilige Mauern", auch „Es d meiner Leure stille Zeugen" in ausgezeichneter Textausprache zu lebhaft guter, klangsich hübscher Wieder ab. Für das Bandit engaar Malpolino-Barberino aber traten Hans Barons heller Tenor und August W. Röslers angenehmer Baßbariton in wirkungsvollem, stilechem Humor der stimmlichen wie schauspielerischen Ausgestaltung ergötzlich ein. Cornelius Barchs runter Bach kam kem ein Neß ansteiten und der Chor entfaltete sich munter, auch tonlich angenehm zur weiteren Belebung der Aufführung; schließlich sah man Nettigkeiten vom Ballett.

Dr. B.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181123023/fragment/page=0002